

BILANZ NATIONALE WAHLEN 2023

WIR BLEIBEN DRAN!

Nach dem historischen Wahlsieg von 2019, der zu einer Verdoppelung der Sitzzahl geführt hatte, bleiben die GRÜNEN Kanton Bern nach den Wahlen 2023 drittstärkste Kraft. Leider hat es nicht gereicht, den vierten Sitz im Nationalrat halten zu können. Der massive Rechtsrutsch auf nationaler Ebene zeigt: nun braucht es uns GRÜNE noch mehr denn je!

Der Sonntag, 22. Oktober, war für uns GRÜNE ein Tag voller Emotionen und Spannung. Am Ende dann die Gewissheit: die Schweiz erlebt einen Rechtsrutsch. Das ist ein beunruhigendes Resultat für Umwelt- und soziale Anliegen: diese werden künftig einen noch schwereren Stand haben im Parlament. Umso mehr wird es in der kommenden Legislatur den Einsatz von uns GRÜNEN für eine soziale und ökologische Politik brauchen – in den Parlamenten wie auch auf der Strasse. Als drittstärkste Kraft im Kanton Bern müssen wir unsere Basis weiter stärken und unsere Präsenz im ganzen Kanton erhöhen. Unser Blick richtet sich deshalb bereits auf die vielen Kommunalwahlen im Jahr 2024.

Ein erfolgreiches Trio im Nationalrat

Wir GRÜNE Kanton Bern haben eine starke Wahlkampagne umgesetzt von Moutier bis Meiringen, vorbei an Langenthal, Schwarzenburg und den zahlreichen Berner Agglomerationen. Ein grosser Dank geht an die Kandidat*innen und die zahlreichen Unterstützer*innen aus den Sektionen, die diese Kampagne mit ihrem Engagement erst möglich gemacht haben. Nur dank eurem Einsatz sind wir in der nächsten Legislatur durch Kilian Baumann, Aline Trede und Christine Badertscher im Nationalrat vertreten – wir gratulieren ihnen herzlich zu ihrer Wiederwahl. Das Trio wird sich weiterhin für einen besseren Klimaschutz, Gleichberechtigung und eine lokale Wirtschaft und Landwirtschaft, die sich an neue Herausforderungen anpasst, einsetzen.

Merci Natalie und Bernhard

Trotz all den Bemühungen hat es leider nicht gereicht, unseren vierten Sitz zu halten, was unglaublich schmerzhaft ist. Wir bedanken uns herzlich bei Natalie Imboden für ihre überaus engagierte Wahlkampagne und ihren riesigen Einsatz für die GRÜNEN in den vergangenen Jahren.

Bei den Ständeratswahlen ist uns mit Bernhard Pulver ein bemerkenswertes Resultat gelungen: Wir gratulieren

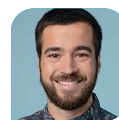


Kandidat*innen in Aktion: Flyer verteilen am Eigerplatz in Bern.

Bernhard zu seiner hervorragenden Kampagne und den 97'275 Stimmen, die zum dritten Platz geführt haben. Es hat zwar leider nicht für den Einzug ins Stöckli gereicht, doch wir sind überzeugt, dass die Wähler*innen sich an einen sehr erfahrenen und spannenden Kandidaten erinnern werden, der stets ein offenes Ohr für die Anliegen der Bevölkerung hatte.

Stärkste Jungpartei

Sowohl auf nationaler wie auch auf kantonaler Ebene bleiben die Jungen Grünen die Jungpartei mit dem höchsten Wähler*innenanteil. Dieses Resultat zeigt deutlich, dass die Jungen einen politischen Wandel wünschen. Wir sind diesen engagierten jungen Menschen dankbar für ihren Einsatz und gratulieren zum erfreulichen Ergebnis. Keine Zeit für kleine Schritte, avanti Giovani Verdi!



Cyprien Louis,
Co-Präsident
GRÜNE Kanton Bern



Brigitte Hilty Haller,
Co-Präsidentin
GRÜNE Kanton Bern

STÄNDERATSWAHLEN 2023

ES WAR MIR EINE FREUDE!

Intensive Monate liegen hinter mir, hinter uns. Auch wenn es am Ende nicht für einen Ständeratssitz der GRÜNEN gereicht hat: Die Wahlkampagne für die Ständeratswahlen hat Spass gemacht und mir gezeigt, wie stark die GRÜNEN Kanton Bern sind.

«War alles für nichts?» fragte mich ein Unterstützer am Montag, nach meinem Rückzug für den zweiten Wahlgang. Es ist die einfachste Frage des ganzen Wahlkampfes: «Natürlich nicht!»

Der Wahlkampf machte Spass

Die Erfahrung meiner Kandidatur war für mich fast nur positiv: Der dritte Platz für einen Grünen war und ist im Kanton Bern, im Gegenwind dieses Herbsts und für jemanden, der nicht Bundesparlamentarier ist, gar nicht selbst-



Bernhard Pulver am Wahlsonntag der nationalen Wahlen 2023.

verständlich. Meine fast 100'000 Stimmen zeigen uns, dass wir GRÜNE «in der Mitte der Gesellschaft» angekommen sind, wie es Robert Habeck postuliert hat.

Die ganze Wahlkampagne hat Vergnügen bereitet: Politische Diskussionen, motivierende Stände und Verteilaktionen, tolle Leute – Grüne und uns freundlich Gesinnte, aber auch andere –, spannende Begegnungen am laufenden Band, Interviews und Filmaufnahmen. Für mich war immer klar: Das ist eine spannende Zeit, die mein Leben bereichert – wie auch immer es herauskommt.

Starke GRÜNE Kanton Bern

Was mich vor allem motiviert hat: Die vielen aktiven Grünen in allen Regionen. Ich habe noch Zeiten erlebt, als wir an Ständen zu zweit oder gar alleine waren. Ich habe so viele schöne Momente mit vielen Aktiven an Ständen und bei Aktionen erlebt und ich möchte mich bei euch für eure Unterstützung bedanken. Ich weiss heute, wie motiviert und stark die GRÜNEN sind. Wir haben viel vor uns und werden noch viel erreichen.

Wir GRÜNE haben in den letzten 40 Jahren dieses Land und diesen Kanton verändert. Und wir wollen und werden das auch in Zukunft tun. Wir übernehmen Verantwortung – was manchmal auch schwierige Entscheide erfordert – und sagen auch unangenehme Wahrheiten. Das gehört dazu.

Lehren ziehen

Natürlich müssen wir auch die Lehren aus dem gesamtschweizerischen Rückgang der GRÜNEN in diesem Herbst ziehen. Etwa: Zeigen, wie und wo wir Verantwortung übernehmen. Und: mehr Optimismus ausstrahlen. Wir schaffen die Wende – dank uns ist schon so viel in Bewegung gekommen!

BILINGUISME CANTONAL

DE L'IMPORTANCE DE LA FRANCOPHONIE VERTE



Cyprien Louis,
Coprésident VERT-E-S
Canton de Berne

La thématique de la représentation des 100'000 francophones bernois au Conseil national n'a jamais été aussi présente que lors de ces élections fédérales. Un enjeu déjà bien identifié par les VERT-E-S qui va encore prendre de l'ampleur.

La non-réélection du seul représentant francophone en 2019 avait été vécu comme un traumatisme, en particulier dans le Jura bernois et l'arrondissement bilingue de Bienne. Pour éviter qu'un tel scénario ne se reproduise à nouveau, de nombreuses actions ont été mises en place cette année. Nous pensons notamment aux mesures prises par les communes francophones pour essayer de booster le taux de participation et à la campagne «Bi-lingue» lancée par BERN-bilingue et le Forum du bilinguisme.



Myriam Roth,
Conseillère de
ville, Bienne

Service minimum atteint

Pour rappel, proportionnellement aux 24 sièges bernois, les francophones pourraient revendiquer 2.4 sièges au Conseil national. Ce n'est pourtant que le service minimum qui a été atteint avec un seul siège remporté le 22 octobre dernier. Les actions vont donc continuer, s'intensifier ces prochaines années et la pression sera aussi plus grande sur les partis politiques. D'autant plus que deux nouveaux défis vont s'ajouter: contrebalancer le départ de la ville de Moutier en 2026 et réussir

à obtenir une représentation équilibrée des forces politiques grâce à un-e élu-e progressiste. Heureusement, les VERT-E-S font déjà partie des bons élèves.

Les VERT-E-S sur la bonne voie

En mettant en place la campagne «francophonie verte», les VERT-E-S ont bien identifié cet enjeu et donné un coup de pouce concret et sincère aux candidatures francophones. Année après année, les résultats s'améliorent et les médias régionaux parlent de plus en plus de ce qui semblait encore impossible il y a peu: un siège au Conseil national pour un-e écologiste francophone. Et ce n'est pas rien pour une région historiquement représentée par la droite. Affaire à suivre!

AUTOBAHN-REFERENDUM

JETZT AUTOBAHN-BAUWAHN STOPPEN!

Für 5.3 Milliarden Franken wollen Bundesrat und Parlament den grössten Autobahn-Ausbau seit vielen Jahren realisieren. Die Ausbauprojekte in Bern, Basel, St. Gallen, Schaffhausen und am Genfersee stehen in klarem Widerspruch zum Klimaziel von Netto-0 bis 2050. Ein weiterer Autobahnausbau wird zusätzlichen Verkehr generieren und führt so zwangsläufig zu längeren Staus, mehr Luftverschmutzung, Lärm und steigenden CO₂-Emissionen. Dagegen haben der VCS und umverkehR das Referendum ergriffen, das wir GRÜNEN natürlich unterstützen.

Bereits heute ist der Strassenverkehr für einen Drittel der Schweizer CO₂-Emissionen verantwortlich. Es braucht dringend einen Ausbau des ÖV-Angebots sowie attraktive und sichere Veloverbindungen statt noch mehr Autobahnen. Über eine Million Menschen leiden unter zu viel Strassenlärm, und auch die Luftbelastung ist eine der unterschätztesten Krankheitsursachen. Zudem stammen rund zwei Drittel allen Plastiks (ca. 8'900 Tonnen jährlich), das unsere Böden und Gewässer

verseucht, aus dem Abrieb von Autoreifen. Der Ausbau der Autoinfrastruktur befeuert die Zersiedelung und die Zubetonierung der Schweiz. Das zerstört wertvolles Kulturland, Biodiversitätsflächen und Erholungsgebiete und erschwert die Klimaanpassung.

Überschätzte Kanalisierungswirkung

Das ASTRA argumentiert immer wieder mit der Entlastung von Städten und Gemeinden, da der Verkehr sonst auf andere Strassen ausweichen würde. Dies liesse sich jedoch mit einfachen flankierenden Massnahmen beheben. Einen Beleg für die Entlastungswirkung auf das restliche Strassennetz kann das ASTRA auch nicht liefern – es sind nur Vermutungen! Diese Vermutungen ignorieren zudem, dass die zusätzlich auf den Autobahnen verkehrenden Fahrzeuge sich nicht ein-

fach an den Ein- und Ausfahrten in Luft auslösen.

Wer Strassen sät, wird Verkehr ernten

Der Autobahnausbau schritt 2023 setzt auf veraltete Rezepte, die kläglich versagen werden. Die bestehenden Verkehrsprobleme werden verschärft, statt gelöst. Die Forschung hat schon längst gezeigt, dass ein Ausbau der Strassen nur sehr kurzfristig zu einer Entlastung führt, längerfristig aber das genaue Gegenteil bewirkt: nämlich mehr Verkehr. Machen wir Schluss mit der Verkehrspolitik von gestern!



Stéphanie Penher,
Vorstand GRÜNE
Kanton Bern,
Bereichsleiterin
Verkehrspolitik und
Kampagnen
VCS Schweiz



Aline Trede,
Fraktionspräsidentin
GRÜNE



JETZT UNTERSCHREIBEN!

Du findest eine vorfrankierte Unterschriftenkarte für das Autobahn-Referendum in der Beilage zu diesem Journal. Unterschreibe noch heute und schicke die ausgefüllte Unterschriftenkarte zurück. Merci!

AUTOBAHN-REFERENDUM AUS BERNER SICHT

EINE HALBE MILLIARDE FÜR 16 KM? NEIN DANKE!

Wir Berner*innen haben allen Grund, das Referendum gegen den masslosen Autobahn-Ausbau zu unterschreiben. Nur damit lassen sich die A1-Ausbauten von Bern nach Kirchberg politisch noch stoppen. Juristisch pochen Einsprachen auf Klima- und Kulturlandschutz.

50 Einsprachen sind seit einem Jahr gegen den 8-Spur-Ausbau der Grauholz-Autobahn von Bern-Wankdorf nach Schönbühl hängig. Weitere Einsprachen wird es geben, wenn der anschließende 6-Spur-Ausbau nach Kirchberg anfangs 2024 öffentlich aufgelegt wird. Beide Berner Ausbauprojekte sind gewissermassen die Herzstücke des milliardenteuren «Ausbau schritt 2023», den das Parlament in der Herbstsession beschlossen hat.

Die geplanten zwei zusätzlichen Fahrspuren zwischen Bern-Wankdorf und Kirchberg sind auf 492 Millionen

Franken veranschlagt! Eine halbe Milliarde Franken für 6 km 8-Spur-Ausbau im Grauholz und 10 km 6-Spur-Ausbau von Schönbühl nach Kirchberg – nein, dieses Geld könnte beileibe für Sinnvolleres investiert werden, und der ganze 5.3-Milliarden-Kredit wird dringend für Besseres gebraucht.

Kommt dazu, dass die beiden Berner Ausbauprojekte schädlich fürs Klima sind, Kulturland und Wald vernichten, Naturwerte und Naherholungsraum schmälern, Mehrverkehr und Lärm verursachen. In seinen Stellungnahmen zu den Einsprachen weigert sich das

Bundesamt für Strassen (ASTRA), auf die Klimaschutz-Einwände einzugehen, die selbst bürgerlich regierte Agglomerationsgemeinden vorgebracht haben.

Zum Glück gibt es Einsprechende wie den VCS, die bereit sind, Gerichte entscheiden zu lassen, ob die Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens, das Klimaschutzgesetz und das Netto-Null-Ziel in der Berner Kantonsverfassung ignoriert werden dürfen. Bei aller Hoffnung auf den juristischen Weg schieben wir den Riegel lieber rascher politisch: mit dem Referendum gegen den Ausbau-Monsterkredit.



Bruno Vanoni,
Grossrat, Zollikofen,
Vorstandsmitglied
Spurwechsel

JUGENDPARLAMENT KANTON BERN

MEHR TEILHABE FÜRS JUPA!



Lisi Dubler,
Grossrätin,
Beirätin Jupa

Das Jugendparlament Kanton Bern wurde im Jahr 2016 gegründet und verfolgt seitdem das Ziel, die politische Partizipation junger Menschen im Kanton zu stärken. Neben der Förderung der aktiven Teilhabe an der kantonalen Politik geht es dem Jupa auch darum, Jugendliche mit Politiker*innen und kantonalen Entscheidungsträger*innen zu vernetzen und so mehr Gehör für ihre Anliegen zu schaffen.

Ein wichtiger Fixpunkt in der Agenda des Jugendparlaments ist die jährlich stattfindende Jugendsession. Während einem Tag kommen Jugendliche aus dem ganzen Kanton zusammen, um sich politischen Geschäften zu widmen. In Arbeitsgruppen mit Expert*innen und Grossrät*innen aus verschiedenen Parteien bilden sich die Jugendlichen weiter und beraten ihre Anliegen. An der letzten Jugendsession haben die Mitglieder des Jugendparlaments intensiv an politischen Forderungen gearbeitet. In den Arbeitsgruppen wurden Vorstösse entwickelt, die zum Beispiel die Versorgung im Bereich der psychischen Gesundheit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen verbessern soll.

Doppelvorstoss eingereicht

Neben den politischen Anliegen für die Jugendlichen selbst wurden auch Vorstösse für das Jugendparlament verfasst.

Mit einem Doppelvorstoss unter dem Titel «Politische Partizipation von Jugendlichen stärken» soll dem Jupa mehr Teilhabe verschafft werden. Beim ersten Vorstoss ging es um die offizielle Anerkennung des Jupa durch den Regierungsrat und seine Unterstützung; das Jugendparlament soll besser über kantonale Angelegenheiten informiert und auch zu Vernehmlassungen eingeladen werden. Zudem soll der Kanton das Jupa im Rahmen der «Massnahmen zur Förderung der politischen Bildung» auch finanziell unterstützen können. Dieser erste Teil wurde im September ohne Debatte vom Grossen Rat überwiesen.

Nun steht in der Wintersession der zweite Teil des Doppelvorstosses an und der dürfte durchaus für Diskussionen sorgen. Er fordert mehr politische Mitsprachemöglichkeiten für das Jugendparlament. Es soll die Befugnis erhalten, dem Grossen Rat eigene Vorstösse zu unterbreiten. Wie das im

Parlament ankommt, wird sich zeigen. Sicher ist jedoch, dass das Jugendparlament weiterhin eine entscheidende Rolle bei der Förderung der politischen Beteiligung junger Menschen spielt und dazu beiträgt, eine generationenübergreifende, demokratische Zukunft im Kanton zu gestalten.



Jupa-Mitglieder bei einer Abstimmung an der kantonalen Jugendsession 2022.

STÄRKSTE JUNGPARTEI IM KANTON BERN



Milo Schefer,
Co-Präsident
Junge Grüne
Kanton Bern

Ein halbes Jahr lang hatte der Wahlkampf auch uns Junge Grüne fest im Griff. Wir haben Flyer gestaltet, Videos gedreht, Spendenbriefe geschrieben, Matés, Sticker, Briefmarken und Katerbouillon verteilt, Anlässe organisiert und Bier gezapft. Nach dieser intensiven Zeit setzt Erleichterung ein, wenn der Wahlkampf abgeschlossen ist. Wäre da nur nicht das Wahlergebnis, das rechten Parteien Sitzgewinne beschert hat. Nach so grossem Engagement zu sehen, dass doch gewinnt, wer Öl-Lobbys vertritt statt sich für eine lebenswerte Zukunft einsetzt, ist einfach nur frustrierend.

Doch am Ende des Wahlabends wurde auch klar, dass wir Jungen Grünen weiterhin die stärkste Jungpartei des Kantons (und der Schweiz) bleiben. Das macht Mut für die Zukunft und zeigt, wie gross der Rückhalt der Jungen Grünen bei den jüngsten Stimmberechtigten ist. Diese Unterstützung haben wir im Wahlkampf auch an zahlreichen Podien an Gymnasien und Berufsschulen gespürt, und sie bestärkt uns, mit noch mehr Engagement weiterzumachen.

NEUE SEKTION: FREIELINDACHER GRÜNE

KIRCHLINDACH – EINE BERNER VORORTSGEMEINDE IM GRÜNEN

Seit 1987 setzen wir *freielindacher grüne* uns in Kirch lindach für grüne Anliegen ein. An der Delegiertenversammlung vom 29. August 2023 haben wir uns als *freielindacher grüne* den GRÜNEN Kanton Bern angeschlossen, um uns künftig noch stärker in der Politlandschaft positionieren zu können.

Rund 3'000 Einwohner*innen leben hier in einer Gemeinde, die sich von unten an der Aare bis hinauf in die nördliche Hügellandschaft zieht. Durch den Wald getrennt, teilt sie sich in «untere» und «obere» Gemeinde. Im unteren Teil leben viele Menschen in Siedlungen – Halen, Thalmatt, Hostalen, Aarematte – und sind eher dem städtischen Leben zugewandt. Im oberen Teil gibt es die Weiler wie Heimenhaus, Jetzikofen, Oberlindach, Niederlindach – auch eine Form von Siedlungen – wo sich eher ein landwirtschaftliches oder ländliches Leben abspielt. Diese Heterogenität zusammenzubringen, verlangt Einfühlungsvermögen, Durchhaltewillen und Diplomatie.

Besondere Entstehungsgeschichte

Ein erstes vertieftes Kennenlernen begann vor mehr als 40 Jahren bei einem gemeinsamen Laiengottesdienst. Als Friedensgruppe uns weiter treffend, initiierten wir dann einen Drittwelt-

Stand, wo das Bedürfnis entstand, uns auch politisch zu engagieren und ein Forum zu gründen.

Man muss sich die damalige Gemeindeversammlung – unsere politische Legislative – vorstellen: auf der einen Saalseite eine sehr dominante, konservative SVP, auf der anderen die übrigen Gemeindebürger*innen. Mit ihnen – interessierten Leuten aus der «oberen» und «unteren» Gemeindegälfte – wollten wir uns «die Bunten» nennen. Das war etwas zu gewagt, darum dann 1987 die Gründung der «Freien Lindacher».

Mit Minderheitenschutz schafften wir unmittelbar später die Eroberung des ersten Gemeinderatssitzes, später sogar zweier Sitze im damals 7-köpfigen Gemeinderat. Heute besetzen wir einen Sitz im jetzt 5-köpfigen Gemeinderat und sind in allen Kommissionen vertreten.

Seit 35 Jahren engagieren wir uns für grüne Anliegen. Sie zu definieren war für uns als Forum, beziehungs-



weise als Partei der Freien Lindacher, immer wieder anspruchsvoll. Um uns in der Politlandschaft stärker zu positionieren, und weil unsere Gemeinde an der Urne überdurchschnittlich grün und zukunftsorientiert stimmt, beschlossen wir, uns den GRÜNEN Kanton Bern anzuschliessen und freuen uns auf die Zusammenarbeit.



Elisabeth Hirsig,
Vorstandsmitglied
freielindacher grüne

EXEKUTIVERFAHRUNG GRÜNE GANTRISCH

VON BIBERN UND MOTORRÄDERN

Die GRÜNEN Gantrisch haben nur knapp 20 Mitglieder. Aber gleich drei davon amtieren in Gemeinderäten, und versuchen dort grüne Akzente zu setzen.

Es ist Montagmorgen, 8:00 Uhr, im Gemeinderatszimmer in Schwarzenburg. Die heutigen Traktanden sind wieder vielfältig, ein Biberkonzept, eine 80-jährige Trinkwasserleitung, die Sanierung des Oberstufenzentrums, der Investitionsplan und die Unterstützung einer Krabbelgruppe.

Konstruktiv zusammenarbeiten

Erstaunlich oft sind wir uns einig, in einem Gremium, das sich aus vier Bürgerlichen, einer Kollegin der SP und zwei GRÜNEN zusammensetzt. Wie ist dies möglich, wenn unsere Wertesysteme, wie jüngst in den Kampagnen zu

den eidgenössischen Wahlen offenkundig geworden, doch so weit auseinander liegen? Zum einen ist Wahlkampf nicht Alltag und zum anderen geht es um Sachgeschäfte, die entweder von Fachleuten minutiös vorbereitet wurden, oder für deren Beurteilung jedes einzelne Mitglied Argumente gegeneinander abwägen muss. Nicht selten ändern sich Meinungen noch während der Diskussion. Ein Zeichen, dass wir einander ernst nehmen und einander zuhören. Und ja, manchmal sind die Meinungen von Anfang an gemacht, einem Enduro Töffrennen können wir GRÜNEN bei allem Kooperationswillen nichts Positives abgewinnen.

Engagiert politisieren

Für Urs Rohrbach, seit 2021 Gemeindepäsident von Schwarzenburg, sind die GRÜNEN Brückenbauer*innen:

«Die langfristige Sicht der Dinge ist für uns sonnenklar. Für unsere Anliegen müssen wir daher auch die Rechten, aber auch die Bevölkerung mit ins Boot holen und überzeugen. Das braucht viel Effort und vor allem Freude an der Politik!» Am anderen Ende des Gebiets der GRÜNEN Gantrisch, in Burgistein, ist Simon Vögeli im Gemeinderat. Er hat mit Verweis auf den neuen Klimaschutzartikel in der Kantonsverfassung den Gemeinderat überzeugt, dem Berner Energieabkommen BEakom beizutreten. Danach hat eine Projektgruppe ein Leitbild sowie einen Massnahmenplan «Energie und Mobilität» ausgearbeitet.

Inzwischen ist es fast 11:00 Uhr und auch die repräsentativen Termine sind verteilt. In persönlichen Gesprächen mit den Bürger*innen gelingt es jeweils am besten, Verständnis zu schaffen, Ärger abzufangen und hoffentlich auch politischen Nachwuchs zu motivieren.



Kathrin Sauter,
Gemeinderätin
Schwarzenburg

VERKEHRSMONSTER-INITIATIVE

WIDERSTAND GEGEN DEN REAKTIONÄREN AUTOBAHNAUSBAU

Der Bund hat die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt und plant, den Autobahnanschluss Bern-Wankdorf massiv auszubauen. Die Ausbaupläne stehen im Widerspruch zum Klimaschutz und bringen Mehrverkehr. Trotzdem unterstützt der Berner Gemeinderat das Projekt weiterhin. Dank einer städtischen Initiative soll sich dies nun ändern.



Christoph Leuppi,
Vorstand GFL Bern



Ursina Anderegg,
Stadträtin GB Bern

Das Projekt zum massiven Ausbau des Autobahnanschlusses Bern-Wankdorf würde dessen Kapazität deutlich vergrössern und so zu Mehrverkehr auf der Autobahn sowie auf dem städtischen Netz führen. Dies zeigt die offizielle Kosten-Nutzen-Analyse des Projekts, die vom Bundesamt für Strassen (ASTRA) lange unter Verschluss gehalten wurde. Dadurch würde insbesondere im Nordquartier das Strassennetz stärker belastet und das Quartierleben beeinträchtigt.

Die Initiative «Verkehrsmonster Wankdorf stoppen! Kein Mehrverkehr durch Nationalstrassenprojekte» des Vereins Spurwechsel will diesem Vorhaben nun Einhalt gebieten. Sie soll den Gemeinderat beauftragen, klar gegen das Projekt zum massiven Ausbau des Anschlusses Wankdorf Stellung zu beziehen. Denn im Gegensatz zur bisherigen Stossrichtung der städtischen Verkehrspolitik hat sich der Gemeinderat für diesen Ausbau ausgesprochen.

Haltung der Stimmberechtigten vertreten

Das Wankdorf-Projekt gilt als integraler Bestandteil der flächendeckenden Kapazitätserweiterung der Autobahnen rund um Bern. Es ist der Grundstein für alle weiteren Ausbauprojekte in der Region. Dass der Gemeinderat das Projekt unterstützt, aber gleichzeitig die Spurausbauten rund um Bern ablehnt, ist inkonsequent. Mit einer deutlichen Annahme der Initiative durch die Stadtbevölkerung wäre der Auftrag an den Gemeinderat indes klar. Niemand könnte mehr behaupten, dass die Stadt diesen Ausbau will.

Die Dringlichkeit des Anliegens zeigen die neusten Ausbaupläne des nationalen Parlaments. Nicht weniger als 5.3 Milliarden Franken sollen in den Ausbau der Autobahnen investiert werden. Die Annahme des Klimaschutzgesetzes vor wenigen Monaten wird dabei vollends ignoriert.

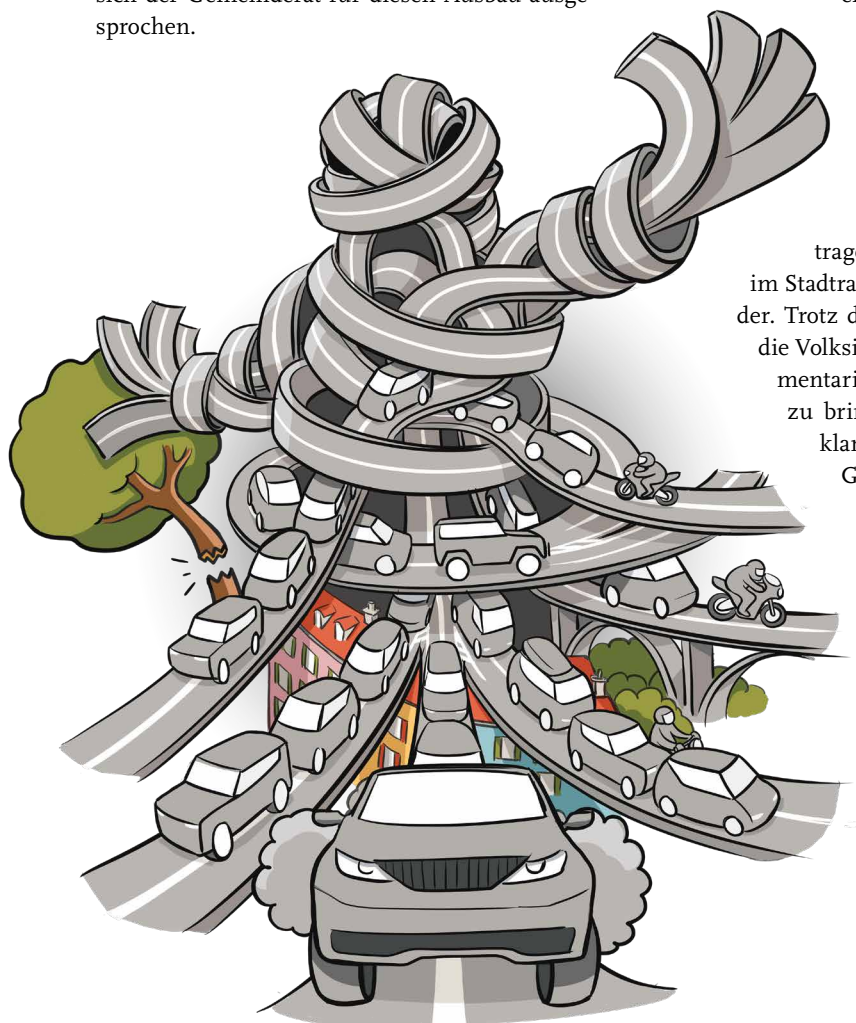
Dabei weisen sämtliche Sachverständige und Studien darauf hin, dass der Ausbau der Autobahnen kontraproduktiv ist. Die Stauprobleme werden so nicht gelöst, sondern durch den induzierten Verkehr sogar noch verschärft.

Breite Allianz für vernünftige Verkehrspolitik

Die Initiative wird von einer breiten Allianz getragen. Die im Komitee vertretenen Parteien stellen im Stadtrat zusammen 75 Prozent der Parlamentsmitglieder. Trotz der klaren politischen Mehrheit im Stadtrat ist die Volksinitiative nötig. Denn sämtliche bisherige parlamentarische Versuche, den Gemeinderat zur Vernunft zu bringen, sind gescheitert. Es braucht nun einen klaren Auftrag der Stimmbevölkerung, der in der Gemeindeordnung verankert werden soll.

Für das Grüne Bündnis und die Grüne Freie Liste ist klar: Der Ausbau der Autobahnen ist aus der Zeit gefallen. Lasst uns jetzt das gigantische Schlüsselprojekt Anschluss Wankdorf und damit die Verbreiterung aller Autobahnen rund um Bern stoppen! Wir sind überzeugt, dass unser Widerstand auf lokaler Ebene nationale Wirkung haben wird.

Unterschriftenbogen und weitere Informationen auf www.spurwechsel-bern.ch



WECHSEL AUF DER GESCHÄFTSSTELLE

LEONIE NÄGLER WIRD NEUE GESCHÄFTSFÜHRERIN

Nach mehr als sechs Jahren verlässt Esther Meier die Geschäftsstelle der GRÜNEN Kanton Bern per Ende Dezember. Ihre Nachfolge wird Leonie Nägler übernehmen.

Bei ihrer Wahl zur Geschäftsführerin sagte Esther Meier, ihr Ziel sei es, die «grüne Bewegung organisatorisch und strukturell weiter zu stärken.» Das ist Esther bravourös gelungen. Esther Meier startete im Oktober 2017 ihre Karriere im Seki als Praktikantin, wurde bald Projektmitarbeiterin und übernahm ab Dezember 2019 die Verantwortung für die Geschäftsstelle und das zwei-, zwischenzeitlich sogar dreiköpfige Team. In diesen sechs Jahren hat sie zwei kantonale und zwei nationale Wahlkampagnen betreut und auch erfolgreich geleitet.

Bravourstück Kampagnen

Esther ist mit allen Wassern gewaschen. Sie führt die Finanzen, koordiniert die Gremien und die Grossratsfraktion, betreut Mitglieder, macht Medienarbeit, redigiert Texte. Sie hat die Sektionen und insbesondere auch den Aufbau neuer Sektionen umsichtig betreut. Dank ihren digitalen Kompetenzen haben die GRÜNEN sich auch digital erfolgreich positionieren können.

Ihre Bravourstücke waren die Kampagnen, unter anderem für den Klimaartikel in der Kantonsverfassung 2021, die Unterschriftensammlung für die Solar-Initiative 2021 oder das Doppelreferendum gegen die Megastrassen 2022. Als ob das nicht schon sehr viel wäre, ist Esther immer wieder auch beim Unterschriftensammeln zu treffen oder jüngst auf dem Cargobike zum Maté-Verteilen als Wahlauf- ruf an der Uni. Ich erinnere mich auch an den Frauenstreik 2019, als wir zusammen eine überlange Leiter durch die Stadt getragen haben: Esther ist Geschäftsführerin mit Leib und Seele und scheut dabei auch keine logistischen Herausforderungen. Danke, Esther, für deinen grossen Einsatz für die GRÜNEN – und alles Gute für die Zukunft.

Leonie Nägler übernimmt das Ruder

Leonie Nägler arbeitet seit Januar 2022 als Projektmitarbeiterin für die GRÜNEN und übernimmt ab Januar 2024 die Geschäftsführung. Wir freuen uns, dass mit Leonie eine erfahrene Person nahtlos übernehmen kann, denn es braucht

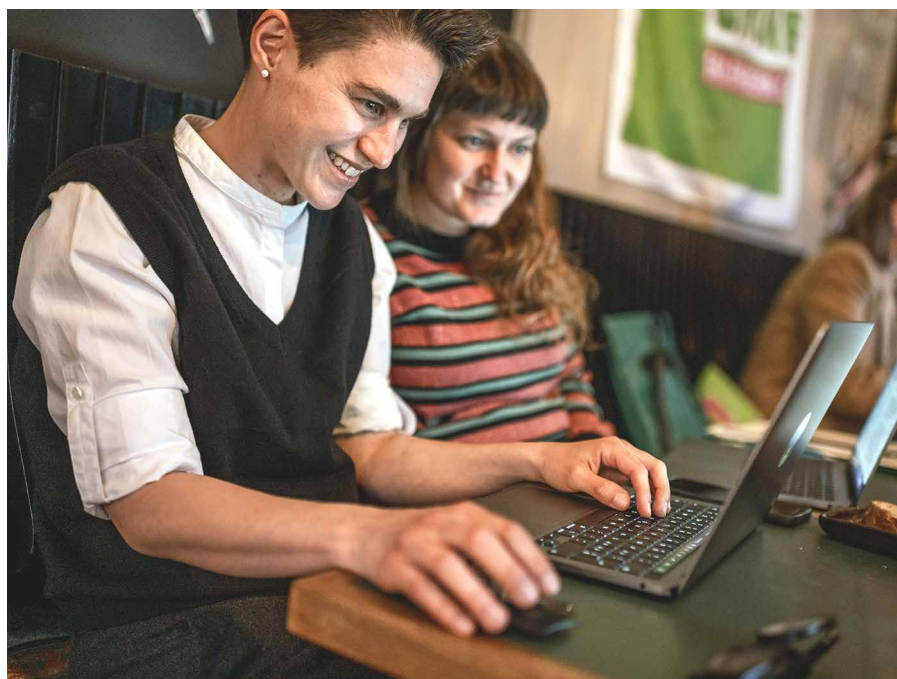
starke GRÜNE mehr denn je! Die GRÜNEN Kanton Bern wünschen Leonie einen guten Start in der neuen Funktion.

Verabschiedung von Magdalena Erni

Ebenfalls verabschieden müssen sich die GRÜNEN Kanton Bern von Magdalena Erni – zumindest auf der Geschäftsstelle. Magdalena hat das Seki während knapp 1.5 Jahren in allen möglichen Aufgaben unterstützt, so zum Beispiel bei der Kampagne für das Stimmrechtsalter 16 und der Wahlkampagne für die Nationalratswahlen. Die GRÜNEN Kanton Bern danken Magdalena für ihren Einsatz und wünschen ihr für ihr Studium und ihre berufliche Zukunft alles Gute. Als Co-Präsidentin der Jungen Grünen Schweiz bleibt Magdalena den GRÜNEN glücklicherweise erhalten.



Natalie Imboden,
ehem. Präsidentin
GRÜNE Kanton Bern



Am Wahlsonntag der Grossratswahlen 2022 gemeinsam in Aktion: Esther Meier und Leonie Nägler

AGENDA

07.12.2023: Filmvorführung «Der Bär in mir», GRÜNE Muri-Gümligen, Apéro ab 18.30 Uhr, Film ab 19.30 Uhr, Q&A mit Kameramann Roman Droux ab 21. Uhr, Altes Pfarrhaus, Thunstrasse 96, 3074 Muri b. Bern. Teilnahme kostenlos.

09.01.2024: Neujahrsapéro der GFL Zollikofen mit Liedermacher Rafael Nyffenegger, 19-21.30 Uhr, Quadrat, Bernstrasse 178, 3052 Zollikofen

16.02.2024: Fondue auf dem Schlossgutplatz, GRÜNE Münsingen, weitere Informationen auf www.gruene-muensingen.ch.

03.03.2024: Abstimmungssonntag, weitere Infos und Parolen: www.gruenebern.ch

21.03.2024: Treffen für Neumitglieder und Interessierte der GRÜNEN Kanton Bern, 18.30-19.30 Uhr, Restaurant Musigbistrot, Bern. Anmeldung und weitere Informationen auf www.gruenebern.ch.

AUS DEM GROSSEN RAT I

INVESTITIONEN INS KLIMA STATT STEUERGESCHENKE FÜR UNTERNEHMEN



Rahel Ruch,
Grossrätin, Bern

Das finanzpolitische Programm der bürgerlichen Regierung ist so einfältig wie ideologisch: Steuern senken, Steuern senken, Steuern senken. Die neue Finanzdirektorin setzt alles daran, dieses Versprechen umzusetzen – auf Kosten des Klimas, der Familien und armutsbetroffener Menschen.

Seit 2021 hat der Kanton Bern ein Klimaziel in der Verfassung und auch im Grossen Rat wurden verschiedene Klimavorstösse überwiesen: Green New Deal, klimaneutrale öffentliche Finanzflüsse, Dekarbonisierung, klimafreundliche Landwirtschaft... Passiert ist bisher wenig. Nicht mal die Klimastrategie kann bisher umgesetzt werden – es fehlen Stellen. Während andere Kantone längst Massnahmen umsetzen, ist Bern hier auf den hintersten Plätzen.

Doch Regierung und Grossratsmehrheit interessieren solche Benchmarks nur in einem Bereich: Steuern. Regelmässig wird in aufwändigen Analysen aufgezeigt, wie schlecht es um die «Standortattraktivität» des Kantons Berns steht. Damit wird die ab 2024 budgetierte Steuersenkung für Unternehmen begründet, die ein 40-Millionen-Loch in die Kantonskasse reissen wird. Wer davon profitiert, ist klar: 77 Prozent der Unternehmen im Kanton Bern zahlen gar keine oder sehr wenig Steuern, weil sie wenig Profit machen. Es geht hier also nicht darum, den Bäcker von neben-



an zu entlasten, sondern einzig um grosse Konzerne.

Die Steuersenker*innen haben dabei kein Problem, Ausgaben zum Beispiel für mehr Prämienverbilligungen, höhere Kita-Betreuungsgutscheine oder eine echte Pflegeoffensive mit Verweis auf die «schwierige finanzielle Lage» des Kantons abzulehnen. Dieser absurde Spagat zeigt auf, dass es hier rein um Ideologie geht und darum, den Sozialstaat zu Gunsten einiger weniger zu schwächen. Wir GRÜNE schauen hin und geben Gegensteuer!

AUS DEM GROSSEN RAT II

GRÜNE ERFOLGE IN DER SOZIALPOLITIK



Hasim Sancar,
Grossrat, Bern

Die Herbstsession 2023 des Grossen Rates war aus sozialpolitischer Sicht eine der erfolgreichsten. Endlich haben die GRÜNEN zwei bedeutsame Budgeterhöhungen im Sozialbereich erreicht: die Erhöhung des Grundbedarfs in der Sozialhilfe und die Erhöhung des Beitrags für persönliche Auslagen von Heimbewohnenden.

Die Teuerung der letzten Jahre hat sich bei allen bemerkbar gemacht, doch die Armen traf es besonders hart, vor allem Sozialhilfebeziehende. Der Grundbedarf in der Sozialhilfe wurde seit 2011 im Kanton Bern nie angepasst, obwohl die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS mehrmals

eine Erhöhung empfohlen hatte. Gemeinsam mit anderen Ratsmitgliedern habe ich eine verbindliche und breit abgestützte Finanz-Motion für die Erhöhung des Grundbedarfes eingereicht, mit der wir in der Herbstsession 2023 erfolgreich waren: Der Grundbedarf wird nun per 2024 von 977 auf 1'006 Franken erhöht, was dem Niveau der SKOS-Richtlinien von 2022 entspricht. Damit haben wir GRÜNE ein Teilziel unseres langjährigen Engagements in der Sozialhilfe erreicht.



Beitragserrhöhung für persönliche Auslagen

Wer neben AHV und IV auch Ergänzungsleistungen erhält und in einem Heim lebt, hat Anrecht auf 367 Franken für persönliche Auslagen wie Kleidung, Hygieneartikel, Freizeit, Handy oder ÖV. Dieser Betrag ist im Kanton Bern seit 2010 nie mehr erhöht worden. Mein erster Vorstoss von 2019 zur Erhöhung des Betrags hatte keinen Erfolg. Der zweite Vorstoss, den ich gemeinsam mit Kolleg*innen aus den anderen Fraktionen eingereicht habe, indes schon: Der Betrag wird per 1. Januar 2024 auf 387 Franken erhöht. Das unermüdliche Engagement der GRÜNEN für Benachteiligte lohnt sich also. Wir bleiben dran!